

**BESCHLÜSSE DES  
JUSO-  
LANDESAUSSCHUSSES  
VOM 26. APRIL 2015  
IN BIELEFELD**

# ÜBERSICHT DER BESCHLÜSSE

- LA 1 Zukunft gibt's nicht für lau! **Seite 1**
- LA 2 Die Welt zu Gast bei Freund\*innen - Eine Couch-Surfing-Aktion für die Kommunalwahlen 2015 **Seite 9**
- LA 3 Der 1. Mai bleibt unser Tag **Seite 10**
- LA 4 Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa **Seite 11**
- LA 5 Verantwortlich für Menschlichkeit zu Hause wie an unseren Grenzen **Seite 13**
- T6 Gegen jeden Antisemitismus! Erinnern und Handeln – ein Positionspapier **Seite 14**
- T8 Von der „Zigeunerbekämpfung“ zu „Armutszuwanderung“ und „Klau-Kids“: Zur Kritik des Antiziganismus **Seite 18**

## LA1 ZUKUNFT gibt's nicht für lau!

Wir jungen Menschen wollen gute Startbedingungen für eine gute Zukunft. Wir wollen keine verfallenden Straßen, keine kaputten Schulen oder geschlossene Schwimmbäder – kurz: wir wollen keinen kaputtgesparten Staat. Funktionierende öffentliche Einrichtungen sind für uns junge Menschen wichtiger als ausgeglichene öffentliche Haushalte. Wir vererben der kommenden Generationen nicht nur Kontostände, sondern auch unsere Infrastruktur, die als Grundlage für unseren kommenden Wohlstand steht, unsere Umwelt, die als Grundlage für das kommende Leben steht, unsere Daseinsvorsorge, die für die Teilhabe an der Gesellschaft und Befriedigung der Grundbedürfnisse steht und unsere Bildung, die die Grundlage für ein gutes Leben der kommenden Generationen sein wird. Für uns NRW Jusos ist die Freiheit jeder Generation durch die Verantwortung gegenüber künftigen Generationen begrenzt. Für uns bedeutet Generationensolidarität, dass die Grundlage für unsere Zukunft erhalten bleiben muss. Zum Beispiel darf die Infrastruktur, die unsere und zukünftige Generationen für ein gutes Leben brauchen, auch mit dem Verweis auf ausgeglichene Haushalte nicht immer weiter heruntergewirtschaftet werden. Diese Generationensolidarität ist eine unserer zentralen Forderungen, die wir uns nicht durch eine schwache „Generationsgerechtigkeits“-Definition, wie sie von Konservativen vertreten wird, kaputt machen lassen. Für uns gilt es also, den konservativen, zunächst moralisch vorgebrachten Verweis auf künftige Generationen für die Begründung einer schwarzen NULL als das zu enttarnen, was es ist: neoliberale Verteilungsinteressen in der Gegenwart. Diese Verteilungsinteressen führen auch zu der weiterhin existierenden strukturellen Benachteiligungen von Frauen\* in unserer Gesellschaft. Sie verdienen für gleichwertige Arbeit weniger als Männer\*, werden viel häufiger Opfer von häuslicher und sexueller Gewalt, arbeiten öfter in prekären Beschäftigungsverhältnissen und sind stärker von Altersarmut bedroht. Ein Zustand, der sich z.B. durch die finanzielle Lage der Kommunen noch verschärft.

Für uns ist klar, wir brauchen schon heute umfangreiche Investitionen, denn die Zukunft gibt es nicht für lau!

## **Ausgangslage**

In den Kommunen werden Schulen und Schwimmbäder geschlossen. In vielen Städten und Kreisen mangelt es an den nötigsten Dingen. In den Medien häufen sich die Meldungen von verfallender Infrastruktur. Gesperrte Autobahnbrücken und Stromausfälle sind nur zwei Beispiele. Kurzum: In Deutschland droht der Infarkt. Dass Investitionen dringend nötig sind, ist in der breiten Öffentlichkeit angekommen. Sogar in konservativen Kreisen wird mittlerweile eifrig über Investitionspakte schwadroniert. Aber warum solche Symbolhandlungen verpuffen werden und woher die Misere stammt, zeigt eine Analyse der Situation.

In den 1960er und 1970er Jahren lag die öffentliche Investitionsquote in Deutschland noch zwischen 4 und 5 Prozent des BIP. Mit diesen Investitionen konnte sich der Staat einen eigenen „Kapitalstock“ aufbauen. Kapitalstock bedeutet hier Straßen, Brücken, Schulen, Hochschulen etc., also alles, was im Endeffekt für alle da ist. Seit dieser Zeit wurden die öffentlichen Investitionen immer weiter gekürzt und betragen im Jahr 2000 nur noch weniger als 2 Prozent des BIP. Diese Investitionskürzungen führten schließlich im Jahr 2004 dazu, dass die Nettoinvestitionen negativ wurden. Seit diesem Zeitpunkt sind die Abschreibungen also höher als die Investitionen. Das heißt, seit dem verfällt unsere Infrastruktur; wir leben sozusagen nur noch von der Substanz. Die Gründe für diese Entwicklung sind nicht „gottgegeben“ oder „natürlich“, sondern auf politische Entscheidungen zurückzuführen. Drei Gründe sind zentral für den Rückgang der Investitionen:

(1) Steuersenkungen, (2) finanzschwache Kommunen und (3) Verabschiedung der Schuldenbremse

### Steuersenkungen

Vor allem die Steuersenkungen seit 1998 führten dazu, dass der Staat weniger Einnahmen und somit auch weniger Spielräume für Investitionen hat. Nach Berechnungen des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) verzichtet die öffentliche Hand so auf einen zweistelligen Milliardenbetrag pro Jahr. Allein im Jahr 2011 wären 51 Milliarden Euro mehr in die Haushalte von Bund, Ländern

und Kommunen geflossen, würden noch die Steuergesetze von 1998 gelten.

Die Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte wurde besonders durch die folgenden politischen Entscheidungen belastet: Senkung des Spitzensteuersatzes, Reform der Steuer auf Kapitalerträge, Änderung der Erbschaftssteuer und Senkung der Unternehmenssteuer verbunden mit vielen Steuerschlupflöchern. Die verlorenen Einnahmen durch diese Steuergeschenke fehlen heute an vielen Stellen, denn zuerst wurde bei den Investitionen gekürzt.

### Finanzschwache Kommunen

Die Kommunen sind der größte Investor in Deutschland. Im Jahr 1970 war noch ein Drittel eines kommunalen Haushaltes für Investitionen vorgesehen. Heute beträgt der Anteil gerade einmal ein Zehntel. Die Gründe für diese tiefgreifende Veränderung? Bund und Länder haben die gesamtgesellschaftlich wichtigen Aufgaben des Sozialstaats finanziell auf die Kommunen abgeschoben. Plakativ beschrieben wurden die Investitionshaushalte der 1970er Jahre in Sozialhaushalte verwandelt.

Kommunale Entlastungen führen direkt zu mehr öffentlichen Investitionen, denn die Kommunen tätigen zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen. Ziel unserer Politik muss es sein, dass kommunale Haushalte wieder Investitionshaushalte werden.

Dem enormen Investitionsstau stehen, für manche Kommunen nicht mehr zu bewältigende, Schuldenberge gegenüber. Die beschriebenen Veränderungen führten dazu, dass Kommunen das laufende Geschäft nur durch Kassenkredite, vergleichbar mit Dispotkrediten, finanzieren konnten. Es knarzt und kracht an allen Stellen.

Die zuletzt von der Bundesregierung angekündigten Entlastungen sind der richtige Weg. Wenngleich es sich bei den Entlastungen nur um einen Tropfen auf den heißen Stein handelt. Die zugesagten 4,5 Milliarden Euro bis 2018 und die anschließenden jährlichen Entlastungen von 5 Milliarden Euro treffen auf einen Investitionsstau von ca. 118 Milliarden Euro. Dies bedeutet, dass der heutige Investitionsstau erst in 20 Jahren behoben sein wird. Den weiteren Investitionsbedarf, der sich in diesem Zeitraum entwickeln wird, also den strukturellen Investitionsbedarf haben wir damit aber noch lange nicht gedeckt.

## Verabschiedung der Schuldenbremse

Seit 2011 ist auf Bundesebene die Schuldenbremse in Kraft. Sie nimmt dem Bund die Möglichkeit Investitionen kurzfristig durch Schulden zu finanzieren. Auch in NRW droht ab 2020 ein Verbot von Staatsschulden. Der Politik ist dadurch ein wichtiges Handlungsinstrument genommen worden, mit dem sie beispielsweise auf schwankende Steuereinnahmen reagieren konnte. Die Folge sind wegbrechende öffentliche Investitionen.

Jahr für Jahr übersteigt die Produktion in Deutschland den gesamten inländischen Konsum (privater Konsum, private Investitionen und Staatsausgaben). Diese jährliche Differenz zwischen Konsum und Produktion wirkt sich aber nicht positiv aus, sondern wirkt im Gegenteil destabilisierend auf andere Länder im Euroraum. Ziel jeder stabilisierenden Finanzpolitik ist der Ausgleich zwischen der inländischen Produktion und den drei Komponenten Staatsausgaben, privatem Konsum und Investitionen. Wegen der Schuldenbremse kann der Staat diese Lücke jetzt nicht mehr schließen.

Jetzt, da sich die Bundesrepublik für historisch niedrige Zinsen refinanzieren könnte, wird die absurde Tragik der Schuldenbremse besonders deutlich. Die Politik muss das buchstäblich geschenkte Geld auf der Straße liegen lassen, während die öffentliche Infrastruktur verfällt und in Zukunft mit hohen Folgekosten zu Buche schlägt. Aber auch ohne die politisch falsche Entscheidung der Schuldenbremse zurückzunehmen, stehen uns immerhin 0,35% des BIP, also ca. 10 Milliarden Euro pro Jahr für Investitionen zur Verfügung. Aber selbst dieser Spielraum wird zugunsten der schwarzen Null nicht ausgenutzt und das, obwohl es noch nie so günstig für den deutschen Staat war, sich Geld zu leihen. Die Einhaltung der Schuldenbremse führt dazu, dass Investitionen die ersten Ausgaben sind, die gekürzt werden.

## **ZUKUNFT gibt's nicht für lau!**

Wer eine gute Zukunft will, muss schon heute etwas dafür bezahlen. Damit der Staat die Voraussetzungen für eine gute Zukunft gestalten kann, muss er mit den nötigen finanziellen Mitteln und Möglichkeiten ausgestattet sein. Die staatlichen Einnahmen müssen durch eine verantwortungsvolle, gerechte Steuerpolitik

(Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Finanztransaktionssteuer, Körperschaftssteuer, Kapitalertragssteuer) erhöht werden. Mittelfristig fordern wir die Rücknahme der Schuldenbremse. Kurzfristig soll der gesamte Spielraum der aktuellen Gesetzeslage für Zukunftsinvestitionen ausgenutzt werden.

Wir NRW Jusos fordern außerdem: Gerade bei so wichtigen Bereichen wie Sozialpolitik muss das Prinzip gelten, wer eine Entscheidung trifft, muss auch die Last der Finanzierung übernehmen. Wir fordern, dass kommunale Haushalte wieder Investitionshaushalte werden. Dies ist aber kein Selbstzweck für die Kommunalpolitik. Diese zu stärken, heißt für uns, Demokratie auszubauen, öffentliche Infrastruktur zu stärken und den Sozialstaat zu festigen.

Wir fordern aber nicht nur mehr Einnahmen, sondern wollen konkret aufzeigen, wo investiert werden soll. Unsere Kampagne „ZUKUNFT gibt's nicht für lau!“ zeigt die zentralen Handlungsbedarfe für Zukunftsinvestitionen auf. Wir Jusos in Nordrhein-Westfalen kämpfen für den Ausbau der Infrastruktur, den Ausbau der Bildung und den Ausbau unserer Daseinsvorsorge.

### Investitionen in Infrastruktur

Mobilität ist ein Grundrecht aller Menschen. Um an einer modernen Gesellschaft überhaupt teilhaben zu können, muss Jede und Jeder in der Lage sein ohne Probleme von A nach B zu kommen. Dazu bedarf es eines gut ausgebauten ÖPNVs. Wir haben in NRW weder quantitativ noch qualitativ einen befriedigenden Status erreicht. Es gibt zwar zentrale Projekte in NRW, wie den RRX (Rhein Ruhr Express), die wir sehr begrüßen. Nichtsdestotrotz es gibt noch erhebliche Ausbaubedarfe in den Städten und im ländlichen Raum.

Des Weiteren halten wir an dem Ziel eines fahrscheinlosen und für alle kostenlosen ÖPNVs fest. Mobilität hört aber nicht an der Stadt- oder der Verkehrsverbundsgrenze auf. Es bedarf auch einer genauen Betrachtung des Fernverkehrs. Wir kritisieren die Unverhältnismäßigkeit der Preise von öffentlich gefördertem Bahnverkehr und privat finanzierten Fernbussen. Reisen mit dem Fernverkehr müssen für alle bezahlbar sein. Ziel ist es weiterhin, den Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlegen. Trotzdem müssen bestehende Straßen für den motorisierten Individualverkehr

erhalten bleiben und falls nötig saniert werden. Eine PKW-Maut leistet keinen Beitrag zu zukunftsweisenden Investitionen. Wir lehnen sie daher ab.

Ferner soll es einen Fokus auf die Nutzung von Fahrrädern geben, dies beinhaltet auch eine Anpassungen der Schnittstellen zum ÖPNV. Ein zentrales Ziel ist also, die Verkehrswege auf die Mobilitätsbedürfnisse der Zukunft einzustellen (ob beim Schienennetz oder Fahrradstraßennetzen).

Neben der Personenbeförderung spielt auch der Gütertransport eine entscheidende Rolle. Wir wollen nicht, dass immer weitere Autobahnen unsere Umwelt zerstören, sondern fordern einen Ausbau vor allem der Schiene und der Binnenschifffahrt.

### Investitionen in Bildung

Eine zentrale Gerechtigkeitsfrage in Deutschland bleibt die Bildungspolitik. Bildung entscheidet über Lebenschancen. Damit kein Mensch zurückgelassen wird, ist eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen vonnöten. Bildung ist staatliche Aufgabe und muss auch öffentlich finanziert werden. Der Anspruch muss sein, wenigstens den Durchschnitt der OECD-Länder an den Bildungsausgaben zu erreichen.

Finanzierungen aus dem privaten Sektor haben in unserer Vorstellung von Bildung nichts zu suchen. Ziel ist die ausreichende Ausfinanzierung des Bildungssystems, damit wir unsere Vorstellungen von Chancengleichheit, Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe umsetzen können. Mindestausgaben für Bildungspolitik gehören ins Grundgesetz!

Bildung muss von der KiTa bis zur Weiterbildung im Erwachsenenalter komplett gebührenfrei sein und Menschen in Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen müssen finanziell unterstützt werden. Investitionen in Bildung sind also auch Investitionen in Arbeits- und Ausbildungsplätze. SchülerInnen, Studierende und Auszubildende sind diese Investitionen wert! Um die Gleichstellung der Geschlechter voranzutreiben, braucht es gut ausgestattete frauen\*spezifische Förderungsprogramme, sowie bessere Möglichkeiten für Frauen\* ihre persönliche Lebensplanung und Karriere zu verbinden.



### Investitionen in Daseinsvorsorge

Der Kerngedanke der Daseinsvorsorge ist es, dass alle notwendigen Dienstleistungen und Einrichtungen für eine Versorgung mit grundlegenden Gütern und Leistungen, für eine Teilhabe aller Menschen an der gesellschaftlichen Entwicklung vorhanden sind und allen Menschen zur Verfügung stehen. Zum Beispiel müssen Schutzräume, wie Frauen\*häuser, die heute schon oft überlastet sind, nicht nur mit der nötigen Infrastruktur, sondern auch mit Mitteln zur Prävention und Aufklärung ausgestattet werden. In vielen Bereichen der Daseinsvorsorge sorgt der Staat dafür, dass Güter und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge verbilligt oder gar kostenlos durch private AnbieterInnen abgegeben werden. Die Differenz zwischen Kosten und Erlös wird vielfach durch Steuermittel ausgeglichen. Wir lehnen dieses Verständnis der Daseinsvorsorge ab.

Die immer mal wieder diskutierten Vorschläge zur Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge durch Öffentlichen-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) stehen unserem Verständnis von Daseinsvorsorge entgegen. Wir nehmen zustimmend zur Kenntnis, dass viele Städte und Gemeinden immer häufiger Güter und Dienstleistung im Bereich der Daseinsvorsorge rekommunalisieren.

### **Zukunftsinvestitionen - Unsere Forderungen:**

- Generationensolidarität muss das Ziel aller Zukunftsinvestitionen sein!
- Umverteilung durch Zukunftsinvestitionen mit dem Ziel der Verteilungsgerechtigkeit
- Mehreinnahmen möglich machen (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Finanztransaktionssteuer, Körperschaftssteuer, Kapitalertragssteuer) und Steuerflucht aktiv bekämpfen
- Schuldenbremse mittelfristig abschaffen und Spielräume schnellstmöglich nutzen

- Fokus der Investitionen MUSS auf den Kommunen liegen! Die Übernahme der kommunalen Altschulden in einem Altschuldenfond des Bundes bleibt für uns weiterhin eine zentrale Forderung.
- Zukunftsinvestitionen sind Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Daseinsvorsorge, nicht in Renditewünsche privater Hände, wie es bei ÖPP der Fall ist.
- Zukunftsinvestitionen sind Investitionen in die Zukunft!

## **LA2 Die Welt zu Gast bei Freund\*innen- Eine Couch-Surfing-Aktion für die Kommunalwahlen 2015**

Für die Bürgermeister\*innen-, Oberbürgermeister\*innen- und Landrätinnenwahlen im September 2015 in Nordrhein-Westfalen organisieren die NRW Jusos eine *Couch-Surfing-Aktion* für eine Endspurt-Aktion am Wochenende 11. bis 13. September, gegebenenfalls auch zu einem etwaigen Stichwahltermin.

Freiwillige aus NRW-Städten ohne Wahlen und aus anderen Bundesländern sollen eingeladen werden, gemeinsam mit den Jusos vor Ort Wahlkampf zu machen.

Hierbei sollen sich die Unterbezirke mit einem Konzept für das Wochenende bei den NRW Jusos bewerben. Der Unterbezirk hat im Konzept auch anzugeben, wie viele Couchen bei Genossinnen und Genossen zu Verfügung stehen und organisiert so die Unterbringung der Freiwilligen. Er hat darzulegen, welche Aktionen an den Tagen geplant sind. Dabei sollen die Freiwilligen auch die jeweilige Stadt kennen lernen (ein Mix aus Freizeit und Wahlkampf!).

Eine den geplanten Aktionen und Größe des Unterbezirks angemessene Anzahl von Freiwilligen wird sodann von den NRW Jusos an den Unterbezirk vermittelt. Die NRW Jusos prüfen Fahrkostenzuschüsse und setzen sich im Bundesverband für die Unterstützung der Aktion ein.

## **LA3 Der 1.Mai bleibt unser Tag**

In den letzten Jahren ist es leider zur Unsitte geworden, dass rechte Parteien den Tag der Arbeit für ihre Propaganda missbraucht haben.

Gemeinsam mit Kolleg\*innen, Genoss\*innen, Bürger\*innen und allen anderen klardenken Menschen haben wir uns dieser braunen Suppe entgegen gestellt.

In diesem Jahr wollen die Faschist\*innen das sprichwörtliche Fass zum Überlaufen bringen. In mehreren Städten in NRW haben unterschiedliche rechte Gruppierungen Demonstrationen, Kundgebungen en gros angemeldet, um ihren menschenverachtenden Müll auf unsere Straßen zu schütten.

Sie instrumentalisieren den geschichtsträchtigen Tag der Arbeit für ihre Zwecke. Der 1. Mai steht für internationale Solidarität und eine offene Gesellschaft. Gerade das Industrieland NRW weiß die Vorteile einer multikulturellen (Arbeits-)Gesellschaft zu schätzen. Viele Menschen kamen nach NRW, fanden hier Arbeit, ein Zuhause und bauten sich ein Leben auf.

Die dumpfen Parolen stehen dem entgegen – wir stehen den dumpfen Parolen entgegen! Nicht nur, dass sie Hass und Angst verbreiten, sie verhöhnen allein durch ihre Artikulation die Opfer des Holocaust und der Naziherrschaft. Aber wir werden den Rechten nicht die Meinungs- und Deutungshoheit und erst recht nicht die Straße überlassen.

Der 1. Mai ist und bleibt unser Tag! Hoch die internationale Solidarität!

## **LA4- Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa**

Die SPD spricht sich klar gegen eine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung (VDS, auch: Mindestspeicherung) aus. Auf europäischer Ebene bedarf es keiner Neuregelung der nicht mehr gültigen EU-Richtlinie 2006/24/EG. Als Teil der Bundesregierung wird die SPD nationale Alleingänge bzgl. einer Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung entschieden ablehnen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, gegen eine mögliche Wiedereinführung zu stimmen. Eine anlasslose und flächendeckende Speicherung ist mit den verfassungs- und europarechtlichen Vorgaben nicht vereinbar – und ebenso wenig mit den Grundwerten der Sozialdemokratie.

Auch die im April 2015 veröffentlichten Leitlinien zur Einführung einer Speicherpflicht und Höchstspeicherfrist von Verkehrsdaten umschreibt nur mit neuen Worten die Idee der Vorratsdatenspeicherung: es werden anlasslos und flächendeckend Telekommunikations- und hochsensible Ortungsdaten über Wochen bzw. Monate gespeichert. Die SPD lehnt die Leitlinien ab und fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, entsprechenden Gesetzesentwürfen im Bundestag nicht zuzustimmen.

Der Beschluss „Datenschutz und Grundrechte stärken - Datenspeicherung begrenzen!“ des Parteitages in Berlin im Dezember 2011 ist nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes gegenstandslos, da dieser vor dem Hintergrund der damals gültigen EU-Richtlinie, die Deutschland zu einer Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung verpflichtete, entstanden ist. Die EU-Richtlinie 2006/24/EG verpflichtete Deutschland ein Gesetz zu erlassen, durch welches alle Telekommunikationsunternehmen verpflichtet werden sollten, die Verbindungsdaten ihrer Kundinnen und Kunden mindestens 6, höchstens 24 Monate zu speichern. Das Bundesverfassungsgericht hatte das Gesetz, mit dem diese Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt werden sollte, für verfassungswidrig erklärt. Vor diesem Hintergrund

hatte sich der Bundesparteitag im Dezember 2012 dafür ausgesprochen, unter der Wahrung Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts europäisches Recht umzusetzen und sich zugleich auf europäischer Ebene für eine grundlegende Revision der EU-Richtlinie einzusetzen. Da es eine solche europäische Verpflichtung zur Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung nicht mehr gibt, ist der Beschluss des Parteitages in Berlin gegenstandslos.

Die anlasslose und flächendeckende Vorratsdatenspeicherung ist ein undifferenziertes und rechtlich unverhältnismäßiges Überwachungsinstrument, das die Grundrechte in unzumutbarer Art einschränkt und alle Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union unter Generalverdacht stellt. Der Europäische Gerichtshof urteilte, dass die Richtlinie zur Einführung einer Vorratsdatenspeicherung nicht mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union vereinbar ist. Das Bundesverfassungsgericht urteilte, dass die damalige Vorratsdatenspeicherung gegen Art. 10 Abs. 1 des Grundgesetz (Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis) verstoßen hat.

Die Speicherung von Telekommunikationsdaten birgt durch die dabei entstehenden Datenmengen ein unverhältnismäßiges Risiko, das keineswegs mit vermeintlichen, aber objektiv nicht zu belegenden Vorteilen bei der Strafverfolgung aufgewogen werden kann. Zur Aufklärung von Straftaten müssen alle vorhandenen rechtlichen Mittel ausgeschöpft werden und Ermittlungsbehörden ausreichend personell und technisch ausgestattet sein.

Um auch die Genossen und Genossinnen in NRW an erst kürzlich beschlossene Positionen gegen die Vorratsdatenspeicherung zu erinnern, leiten wir den einstimmig beschlossenen Antrag (Antragsbereich IR; Antrag 5) vom Landesparteitag der NRWSPD im September 2014, an den SPD-Landesvorstand zur Weiterleitung an den SPD-Parteikonvent weiter.

## **LA5 Verantwortlich für Menschlichkeit zu Hause wie an unseren Grenzen**

Die Situation der Geflüchteten, die alles riskieren um nach Europa zu kommen, wie auch derer die wir nun in unserer Gesellschaft schon jetzt willkommen heißen, muss sich substantiell verbessern! Daher sollen die Jusos NRW als Vorbild für den Bund fungieren. Deshalb fordern wir sowohl die NRW Jusos als auch die Jusos auf Bundesebene auf, weiterhin auf die desaströse Lage bundesweit aufmerksam zu machen und nicht tatenlos dazustehen. Deswegen fordern wir von der Bundesregierung eine schnellere, bessere und Menschen-nähere Lösung als die kürzlich veröffentlichte Verdreifachung zur Seenotrettung. Weitere Maßnahmen sind notwendig. Wir rufen die Abgeordneten aller Parlamente auf, sich ihrer Verantwortung für Menschlichkeit bewusst zu werden und aktiv die Situation von Geflüchteten zu verbessern, sowie die Akteur\*innen der Zivilgesellschaft hierbei zu unterstützen.

Das heißt, das nicht Lampedusa die Anlaufstelle der EU sein darf, sondern die existierenden Repräsentationen der EU, sowie weitere zu schaffende Anlaufpunkte in Krisenregionen müssen für Verfolgte Menschen offen stehen, Asylverfahren müssen schon vor Ort eingeleitet werden können.

Außerdem ist die enge Zusammenarbeit mit der Afrika-Union dringend erforderlich und Hilfsmaßnahmen auf dem afrikanischen Kontinent müssen verbessert werden. Um die existierende humanitäre Katastrophe zu beenden, sollen die EU-Mitgliedstaaten – und dabei verstärkt die BRD – in neue Strukturen investieren, zu Hause wie auch in der Entwicklungszusammenarbeit mit unseren afrikanischen Partnern, die die Schwelle nach Europa bilden. Zur Umsetzung dieser Forderungen müssen Richtlinien und Gesetze in Deutschland und auf europäischer Ebene schnellstmöglich geändert werden. Das betrifft insb. das sogenannte Dublin-III Abkommen. Kurzfristig muss außerdem die Grenzschutzagentur „Frontex“ abgeschafft und durch eine humanitäre Rettungsmission – z.B. „Mare Nostrum“ – in ausreichendem Umfang ersetzt werden. Denn die Würde des Menschen ist unantastbar!

## **T6 Gegen jeden Antisemitismus! Erinnern und Handeln- ein Positionspapier**

Rund 70 Jahre nach der endgültigen militärischen Zerschlagung des deutschen Faschismus und dem Ende des zweiten Weltkrieges bricht sich ein kontinuierlich brodelnder Antisemitismus mit neuer Kraft die Bahn. Die letzten Überlebenden der Shoah müssen miterleben, wie in Deutschland „Juden ins Gas!“ skandiert wird und jüdische Menschen auf offener Straße angegriffen werden. Gleichzeitig steht Israel als Schutzraum für von Antisemitismus Verfolgte unter ständiger Attacke – sowohl militärisch, als auch medial. Zeit sich als sozialistischer Verband deutlich zu positionieren.

### **Kein Vergeben! Kein Vergessen!**

In wenigen Jahren wird es keine Zeitzeug\*innen mehr geben, die von den Schrecken des Faschismus berichten können. Ebenso werden auch die letzten Täter\*innen dieser Zeit gestorben sein – nicht wenige ohne jemals irgendeine Strafe erhalten zu haben. Für zukünftige Generationen wird die Zeit der NS-Herrschaft immer weiter zurückliegen. Die Aufgabe der Jugend die Grauen der Shoah in Erinnerung zu halten und den Faschismus zu entlarven, wird somit auf Menschen übertragen, die nach 1945 geboren wurden. Aus Zeug\*innen müssen Zeug\*innen von Zeug\*innen werden. Dies darf niemals dazu führen, dass die Opfer vergessen werden oder den Täter\*innen vergeben wird! Es ist geschehen und es kann wieder geschehen. Der Schwur, dass sich Auschwitz nie wiederholen darf, muss als gesamtgesellschaftliche Verpflichtung, von der sich niemand ausnehmen kann, verstanden werden.

Es darf auch nicht in Vergessenheit geraten, welche Kontinuitäten es nach dem Nationalsozialismus in Politik und Gesellschaft gegeben hat. In deutschen Behörden saßen noch lange nach 1945 die Täter\*innen der NS-Zeit, deutsche Firmen, die direkt oder indirekt an der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie beteiligt waren und/oder Zwangsarbeiter\*innen beschäftigt hatten, existieren oft weiter – häufig ohne



jemals die eigene Vergangenheit aufgearbeitet zu haben. Auch in der Politik gab es eindeutige Kontinuitäten.

### **Nie wieder Auschwitz! Nie wieder Holocaust! Antisemitismus in jeder Form den Kampf ansagen!**

Antisemitismus gibt es in allen Bereichen der Gesellschaft, nicht nur in der radikalen Rechten. Wirre, aber stets antisemitische Verschwörungstheorien finden sich bis weit in die deutsche Friedensbewegung und selbsternannte Linke. Manchmal zeigt sich der Antisemitismus offensichtlich, wenn beispielsweise von einer „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“ gesprochen wird, manchmal fließen antisemitische Vorurteile nur subtil in Aussagen oder in Berichterstattungen ein, wenn z.B. das pluralistische Israel mit dem südafrikanischen Apartheidregime verglichen wird oder an die historische Erfahrung appelliert wird und Handlungen Israels mit denen Nazideutschlands verglichen werden. Antisemitismus ist dort, wo Menschen bei Nachrichten über jeden Krieg gelangweilt wegschalten, aber sobald der „Jude unter den Staaten“ beteiligt ist, empört auf die Straße gehen. An Stammtischen, in Internetforen und in den etabliertesten Medien – überall ist er zu finden. Es wird von „Antisemitismuskeule“ gefaselt und mit sarrazinscher Logik das gesagt, von dem behauptet wird man dürfe es nicht sagen. Wir stellen uns gegen jeden Antisemitismus – egal in welcher Form er auftritt. Wir widersprechen den Parolen und lassen uns nicht von vermeintlich einfachen Lösungen beeindrucken.

### **Solidarität mit Israel! Kein Frieden mit dem Terror!**

Israel ist eine historische Notwendigkeit. Die Shoah war der unfassbare Gipfel einer jahrtausendlangen Geschichte der Verfolgung und Unterdrückung der Jüdinnen und Juden in Deutschland und Europa. Der Mord an 6 Millionen Jüdinnen\_Juden hat es unverzichtbar gemacht einen Schutzraum für von Antisemitismus Verfolgte zu schaffen. Aber seit Staatsgründung wird Israel immer wieder angegriffen. Vornehmlich islamistische Terrororganisationen bedrohen und attackieren Israel und träumen von judenfreien Ländern. Israel hat wie jeder andere Staat ein Recht sich gegen solche

Aggressionen zu verteidigen – auch militärisch. Die Hoffnung auf ein friedliches Zusammenleben aller Menschen in Israel, Palästina und der Umgebung und eine Zwei-Staaten-Lösung als möglicher Beginn eines solchen Zusammenlebens, kann es mit diesem antisemitischen Terror nicht geben – das Ende der Herrschaft der Hamas und des Einflusses anderer Terrororganisationen, wie der Hisbollah, sind zwingende Voraussetzungen. Die regressiven Bestrebungen der Fatah zu einer Einheitsregierung mit der Hamas sind falsche Schritte.

Unsere kritische Solidarität gilt ferner allen sozialistischen, demokratischen und emanzipatorischen Organisationen in Israel und den arabischen Ländern, die unter dem Terror leiden und sich für eine stabile Zwei-Staaten-Lösung und ein dauerhaft friedliches Zusammenleben in Israel, Palästina und der Region einsetzen. Dies bedeutet für uns doppelte Solidarität.

### **Nein, nein, das ist nicht der Sozialismus! - Verkürzte Kapitalismuskritik entlarven**

In der deutschen und europäischen Linken bzw. neuen Bewegungen mit „linkem Anstrich“ tritt Antisemitismus oft versteckt als Israelkritik oder – noch dezenter – eine gespiegelte Variante in Form von verkürzter Kapitalismuskritik auf. Niemand hat sich diese so sehr auf die Fahnen geschrieben, wie die Bewegung „Occupy“ mit ihrer „We are the 99%“ Parole. Die Annahme, dass „the 1%“ an den Missständen der Gesellschaft Schuld ist, personalisiert das wahre Problem: Den Kapitalismus. Es wird zu „denen da oben“ abgegrenzt, die angeblich allen Einfluss haben – hätten sie ihn nicht, wäre die Welt in Ordnung. Dieses Szenario öffnet Tür und Tor für Antisemitismus von Verschwörungen über eine jüdische Weltherrschaft bis zu Kritik an einzelnen – meist jüdischen – Banken und ihrer angeblichen Schuld an Armut und Krise. Doch es ist grundlegend falsch. Die kapitalistische „Logik“ funktioniert in allen Bereichen des Lebens und beschränkt sich nicht auf Menschen in führenden Positionen. Unsere sozialistische Alternative zu den bestehenden Verhältnisse setzt mit der antikapitalistischen Kritik tiefer an. Solange die Kapitalakkumulierung weiterhin Ziel jeder Produktion und Handlung ist, wird es Ausbeute geben. Unser Ziel ist eine

Gesellschaft, die ihren Fokus auf das allgemeine Wohl aller in der Gesellschaft legt. Dieses Ziel lässt sich durch Bildung und aktive Politik erreichen, nicht durch die Entmachtung weniger unter Beibehaltung der bestehenden Umstände.

### **Erinnern und Handeln!**

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist weiterhin verbreitet. Neben Antisemitismus finden sich Rassismus, Sexismus, Homo- und Trans\*phobie, Antiziganismus und weitere menschenverachtende Einstellungen in allen sozialen Schichten. Wir sind Antifaschistinnen und Antifaschisten und wehren uns gegen diesen Hass und die Zustände, in denen er Boden gewinnen kann. Wir schreiten aktiv ein, wenn wir ihn erkennen und lassen nicht zu, dass er sich ausbreitet. Wenn Menschen in der Uni, im Betrieb, in der Schule oder im Freundeskreis andere Menschen beleidigen, weil sie nicht in ihr Weltbild passen, reagieren wir. Wenn Nazis angreifen, schreiten wir ein. Unser Ziel – die sozialistische Gesellschaft der Freien und Gleichen – erreichen wir durch Bildung und Aufklärung, durch gelebte Solidarität und unsere tägliche politische Arbeit. Dafür dürfen wir die Opfer des Faschismus nie vergessen. Ausdrücklich unterstützen wir die Arbeit, die in Bildungs- und Gedenkstätten geleistet wird und setzen uns dafür ein, dass die historische Sensibilisierung für den Holocaust wieder in die Gesellschaft getragen wird.

Wir fordern den Landesvorstand der NRW-Jusos auf, gemeinsam mit anderen politischen, gewerkschaftlichen und religiösen Gruppen in Nordrhein-Westfalen einen intensiven Austausch über den Umgang mit Antisemitismus in unserer Gesellschaft zu führen.

## **T8 Von der „Zigeunerbekämpfung“ zu „Armutszuwanderung“ und „Klau-Kids“: Zur Kritik des Antiziganismus**

Umgedrehte Besen vor den Haustüren, bewaffnete Banden, die Hausbewohner\*innen angreifen, umherstreifende Nazigruppen, das Gerücht von Diebesbanden und Wohnungseinbrüchen und der Ruf nach dem Bilden einer „Bürgerwehr“: was sich in Berlin, Bremen, Mannheim, Köln und im Ruhrgebiet im Spätsommer 2013 abspielte, ist ein vorbildliches Beispiel für einen in letzter wieder stärker auftretenden Antiziganismus. Im Zuge der Aufnahme Rumäniens und Bulgariens in die EU und der Arbeitnehmer\*innenfreizügigkeit zu Beginn dieses Jahres ließen sich in der jüngsten Vergangenheit vermehrt antiziganistische Klischees in der Öffentlichkeit wahrnehmen. Auch Vertreter\*innen der Stadtverwaltungen nordrhein-westfälischer Kommunen, der Polizei oder der Lokalpresse gebrauchten in den letzten Jahren und Monaten immer wieder antiziganistische Klischees. Schon 2008 gab es in Duisburg-Bruckhausen eine rassistisch geprägte Debatte um die Zuwanderung von Roma aus Bulgarien und Rumänien, doch erst seit 2012 griff die antiziganistische Stimmung in Nordrhein-Westfalen immer mehr um sich und verschärfte sich. Es gibt in Nordrhein-Westfalen viele Beispiele für ein stärkeres Auftreten antiziganistischer Klischees in der öffentlichen Debatte, wie es in den letzten zwei Jahren bundesweit zu beobachten war und noch bis heute ist. Als Jusos wenden wir uns gegen jede Form von Antiziganismus und Rassismus; wir appellieren an die Zivilgesellschaft, sich jeder reaktionären Ideologie entgegenzustellen und fordern alle demokratischen Parteien auf, Maßnahmen gegen das Umsichgreifen derselben zu treffen und für eine humane Lebenssituation für alle Menschen, insb. für von Diskriminierung Betroffene zu sorgen. Der Antiziganismus, der Hass auf Menschen, die als „Zigeuner“<sup>1</sup> bezeichnet werden, hat eine lange und blutige Geschichte in

---

1 „Der Begriff ‚Zigeuner‘ wird dort verwendet, wo entweder die Quellen selbst den Begriff benutzen oder aber das Bild vom ‚Zigeuner‘, das mit den tatsächlichen Roma nichts zu tun hat, anders gesagt: die projektive Sicht der Mehrheit auf die Minderheit, gemeint ist.“ Heuß, a. a. O., p. 110.

Europa und kann nur unter Berücksichtigung der historischen Entwicklung und Durchsetzung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft adäquat begriffen werden. Die mörderische Dynamik des Antiziganismus zeitigt ihre ersten furchtbaren Auswirkungen im Mittelalter und seitdem lässt sich ihre tödliche Spur durch die Geschichte verfolgen. Die ersten Pogrome an Sinti und Roma lassen sich für das 15. Jahrhundert nachweisen, leiten weiter zu systematischen Verfolgungen im Kaiserreich und münden in den Versuch der völligen Vernichtung durch die Deutschen bis 1945. Dem Porajmos (Romanes: „das Verschlingen“) fielen über 200.000 Menschen zum Opfer. Diesen Personen wird bis heute keine angemessene Entschädigung zugesprochen und die Deutsche Staatsbürgerschaft bleibt ihnen weiterhin aberkannt. Auch heute noch leiden Sinti und Roma – wie in Südosteuropa, so auch in Deutschland – unter Verfolgung und Armut. Es lohnt sich also, die Herkunft dieses Ressentiments gegen als „Zigeuner“ bezeichnete Menschen zu untersuchen.

Die Geschichte des Antiziganismus lässt sich, wie gesagt, bis zum Beginn der Neuzeit zurückverfolgen; sie ist verknüpft mit der Existenz der Sinti und Roma in Europa. Sinti und Roma lebten vermutlich seit dem 14. Jahrhundert in Europa, verbürgt ist ihre Anwesenheit seit 1407.<sup>2</sup> Zu dieser Zeit genossen Sinti und Roma in Europa – ähnlich den Jüd\*innen<sup>3</sup> – oftmals den Schutz der Herrschenden und Freizügigkeit. Sinti und Roma stellten im Mittelalter in Europa bei weitem nicht die einzige wohnsitz- und damit herrenlose Gruppe dar: fahrende Spielleute, Handwerker, Schüler und Knechte zogen ebenso umher. All diese konnten, zogen sie als Nicht-Sesshafte umher, auf die *caritas* (lat.: Barmherzigkeit) der katholischen Christen vertrauen. Zeitgleich mit der Reformation begann jedoch ein Umdenken in der Mehrheitsbevölkerung, welches Armut und Bettelei nicht mehr als gottgefällig, „sondern als unsittlich, als ein zu beseitigendes Übel, das mit Arbeitshaus und Zuchthaus zu bekämpfen war“<sup>4</sup>, ansah. Diese Umwandlung der Geisteshaltung geschah zeitgleich mit und in Reaktion auf das

---

2 Gilsenbach, Reimar: *Weltchronik der Zigeuner*, Frankfurt: Lang, 1994.

3 Die Parallelen in der Behandlung von „Zigeunern“ und Jüd\*innen im ausgehenden Mittelalter sind frappierend und es ist auch kaum ein Zufall, dass es ausgerechnet diese als Gruppen Wahrgenommenen sind, die im NS in besonderer Weise mit Verfolgung und Vernichtung überzogen wurden. Auf die einzelnen Parallelen (und Unterschiede) wird im Folgenden, wo dies für den Gedankengang von Wichtigkeit ist, einzugehen sein.

4 Heuß, Herbert: Die Migration von Roma aus Osteuropa, in: Giere, Jacqueline (Hg.): *Die gesellschaftliche Konstruktion des Zigeuners*, Frankfurt/New York: Campus, 1996, p. 109 – 131; hier: p. 122.

Auflösen feudaler Herrschaftsstrukturen des Mittelalters und der Herausbildung einer neuen Produktionsweise: frühe Formen des (Handels-) Kapitalismus verdrängten die agrarisch geprägte Wirtschaftsordnung des Mittelalters. Ablehnung schlug fortan all jenen „unproduktiven“ Gruppen – fahrende Spielleute, Handwerker etc. und eben auch Roma und Sinti – entgegen. Diesen allen wurde der Vorwurf gemacht, sich der produktiven Arbeit zu entziehen und dem Müßiggange zu frönen, nach und nach reduziert sich der Vorwurf aber auf eine der Gruppen: die als eine homogene Gruppe verstandenen und als „Zigeuner“ bezeichneten Sinti und Roma.<sup>5</sup>

### **Antiziganismus – Ideologie der Neuzeit**

An der Reduzierung des Vorwurfs des Müßigganges auf die „Zigeuner“ lässt sich die Konstruktion des „Eigenen“ und des „Fremden“ der entstehenden bürgerlichen Gesellschaften nachvollziehen. Während die Sinti und Roma qua vermeinter ethnischer Differenz als Fremde konstruiert werden konnten, wurden die anderen zuvor ebenfalls dem Vorwurf der Unproduktivität Ausgesetzten (fahrende Händler etc.) zum Teil des Eigenen erklärt. Indem die Unproduktivität, die nunmehr nicht bloß wertneutrale Feststellung war, sondern innerhalb der modernen Arbeitsethik Anlass zum missbilligenden Vorwurf gab, aber einzig den Fremden zugeschrieben wurde, konnte sich das im Entstehen begriffene neuzeitliche Subjekt einerseits individuell als dem Müßiggange fern, andererseits als Teil eines produktiven Kollektivs begreifen, während das Unproduktive gänzlich aus dem Eigenen gebannt und dem Fremden zugewiesen wurde.

Zugleich kanalisiert sich im Hass auf die „Zigeuner“ auch der Unwillen des sich konstituierenden Subjektes auf die neuzeitlichen Zwänge und Regeln, die es noch nicht gänzlich verinnerlicht, gegen die aufzubegehren ihm aber schon unmöglich geworden. Der Hass auf die neuen, rigiden Formen der Arbeit wurde zunehmend auf

---

5 Vgl. Maciejewski, Franz: Elemente des Antiziganismus, in: Giere (Hg.), a. a. O., p. 9 – 28.

Beachtenswert ist hier die Kittung jenes Überganges mittels religiöser Begründungen – der sich strukturell ähnlich zur Formierung des Antisemitismus vollzieht: Ein bereits existentes, auf wirtschaftlichen Gründen basierendes Vorurteil wird integriert in und überlagert von einem religiös motivierten Vorwurf, der im Anfang die Überhand zu nehmen scheint, nach und nach aber zurücktritt und dem wirklichen Vorurteil, dem wirtschaftlichen, wieder den Vortritt lässt – dieses tritt aber nun in einer transformierten Gestalt und ungleich stärker zutage, außerdem hat es sich mittlerweile verselbstständigt und ist von den vormals noch erkennbaren Zusammenhängen losgelöst (Jüd\*innen als diejenigen, die im Mittelalter Kredite vergeben durften, werden auch heute noch damit in Verbindung gebracht, trotz mangelnder Grundlage; Sinti und Roma werden weiterhin als Fahrende und Nicht-Sesshafte bezeichnet, obwohl dies jeder Empirie entbehrt). Insofern konstatiert Maciejewski, der Antiziganismus sei ein „Grundmuster von Xenophobie, vergleichbar nur dem Antisemitismus“. (a. a. O., p. 11)

diejenigen projiziert, die sich ihm vermeintlich nicht unterwerfen wollten: „Im Haß gegen das ‚herrenlose‘, also sich angeblich keinem Herren unterwerfende ‚Gesindel der Zigeuner‘ rebelliert das Subjekt gegen das eigene Eingesperrtsein im Gehäuse einer neuen Hörigkeit; gegen eine Staatsgewalt, die sich als unermüdlicher Gesetzgeber und Kontrolleur zu einer umfassenden Sozialgestaltung aufschwingt, Steuerbeamte übers Land schickt und die schöne neue Ordnung durch die ‚Policey‘ absichern läßt.“<sup>6</sup>

Im Zuge der Industrialisierung des deutschsprachigen Raumes im 19. Jahrhundert verfestigte sich das Ressentiment gegen die „Zigeuner“: Viele Handwerks- und mittelständische Betriebe sehen aufgrund fortschreitender Industrialisierung dem wirtschaftlichen Ruin entgegen. Unfähig, den wahren Grund dieser Entwicklung zu benennen, werden die „Zigeuner“, die oftmals nicht in den starren, den Veränderungen gegenüber hilflosen Zünften organisiert waren, als die Schuldigen bezeichnet und verfolgt.<sup>7</sup> Eine ähnliche Funktion erfüllte der Antiziganismus immer wieder in Zeiten wirtschaftlicher Umbrüche und erfüllt sie auch heute wieder.

### **Antiromanismus und Antiziganismus: Aspekte eines Ressentiments**

Das antiziganistische Ressentiment enthält immer ein rassistisches Moment; es ist dies eine notwendige Voraussetzung dafür gewesen, dass sich der Vorwurf des Müßigganges auf die Gruppe der Sinti und Roma hat reduzieren können: zu dem bereits vorhandenen xenophoben Vorurteil (Geneigtheit zu Diebstahl und Hehlerei, Wahrsagerei etc.)<sup>8</sup> des ausgehenden Mittelalters gesellte sich das Konstrukt der biologisch begründeten ethnischen Differenz. In der Moderne entwickelte sich daraus ein spezifisch gegen Roma gerichteter Rassismus: der Antiromanismus. Aber der Antiziganismus geht über das xenophobe Vorurteil und den Rassismus hinaus, er ist „keine bloße Verarbeitungsweise ethnischer Differenz“.<sup>9</sup> Die „Zigeuner“ stellen für das Subjekt in Neuzeit und Moderne nicht nur eine Fremdgruppe dar, sondern das Andere,

---

6 Maciejewski, a. a. O., p. 17.

7 Vgl. Heuß, a. a. O., p. 123.

8 Vgl. Münster, Sebastian: Kosmographie (1550), in: Gronemeyer, Reimer: *Zigeuner im Spiegel früher Chroniken und Abhandlungen*, Gießen: Focus, 1983, p. 34.

9 Maciejewski, a. a. O., p. 12.

welches sich der herrschenden Produktionsweise entzieht.<sup>10</sup> Die „Zigeuner“ haben in dieser Ideologie also den Umbruch der Zeiten in gewisser Weise nicht mitvollzogen und stellen für das moderne Subjekt das vormoderne Andere dar;<sup>11</sup> sie werden „zu Repräsentanten der Vormoderne, einer Welt von gestern.“<sup>12</sup>

### **Wer vom Antiziganismus spricht, darf vom Kapitalismus nicht schweigen**

Wie oben beschrieben, stellen die „Zigeuner“ für das moderne Subjekt – d. i. das Subjekt im Kapitalismus – das Fremde dar. Zugleich erkennt es sich in ihnen selbst wieder. Das den „Zigeunern“ zugeschriebene unproduktive Verhalten und die vormoderne Kultur muss das moderne Subjekt als eigene wiedererkennen, und zugleich als solche ablehnen. Die Menschen in den modernen kapitalistischen Gesellschaften wollen zurück in die Vormoderne, in einen Zustand der Freiheit von Arbeit und Belastungen der Moderne, zugleich ahnen sie die verinnerlichten Zwänge der Gegenwart und unter diesen leidend wissen sie, dass sie nicht zurück können noch dürfen. Im Bestreben des modernen Menschen, diese ihm immanenten Anteile von sich zu weisen, erkennt er sie im Fremden – dem „Zigeuner“ – umso stärker und wendet sich voller Hass gegen sie, im „verzweifelte[n] Vernichtungswille[n]“ gegen „die verhaßte, übermächtige Lockung, in die Natur zurückzufallen“.<sup>13</sup>

Dabei spielt die Frage, ob die Sinti und Roma dem gegen sie gerichteten Vorurteil entsprechen, keinerlei Rolle. Die Empirie, die jedes Vorurteil von nicht-sesshaften, unproduktiven Mitgliedern der Gruppe der Sinti und Roma widerlegt, hat auf das Vorurteil keinerlei Einfluss – der Antiziganismus bedarf nicht der als unproduktiv vorgestellten Sinti und Roma, er benötigt einzig die „Zigeuner“, die für das moderne Subjekt das Vormoderne darstellen. Insofern ist es auch nicht weiter verwunderlich, wenn sich in das antiziganistische Bild der „Zigeuner“ scheinbar gutwillige, romantisch-verklärende Elemente mischen: die schöne Zigeunerin, der lebensfrohe

---

10 Und steht damit im Gegensatz zu anderen Rassismen: So stellt zwar auch ein Rassismus die jeweils anderen als das Fremde dar, aber dieses ist das konkurrierende Fremde im Zusammenhang des übergreifenden Produktionszusammenhangs. Das sich gegen „Zigeuner“ wendende Ressentiment hingegen verortet diese außerhalb desselben.

11 Insofern stehen sie im Gegensatz zu den Jüd\*innen, die im Antisemitismus das Unmenschliche des Fortschritts darstellen. Die „Zigeuner“ und die Jüd\*innen stellen insofern die zwei Extreme der Moderne dar, gegen die das moderne Subjekt sich abzugrenzen und zu behaupten haben wähnt.

12 Maciejewski, a. a. O., p. 20.

13 Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W.: Dialektik der Aufklärung, Frankfurt (Main): Fischer, 1988, p. 119.



Gitarrenspieler, das Beisammensein am Lagerfeuer und ähnliche romantisierende Vorstellungen fügen sich ein in ein Gesamtbild des steten Müßigganges. Die vermeintliche Lebensweise der „Zigeuner“ wird nicht in jedem Detail abgelehnt, im Gegenteil: das moderne Subjekt findet darin durchaus von ihm ersehnte Elemente. Wogegen es sich allerdings wendet ist das Dasein des „Zigeuners“ im Ganzen: Die Vorstellung vom Müßiggang, ohne sich diesen erarbeitet zu haben, weckt im modernen Menschen Sehnsüchte, denen er der verinnerlichten Zwänge der modernen Gesellschaft wegen nicht stattgeben kann.

Wie der Antisemitismus im Juden die Übel der Moderne sieht, so sieht der Antiziganismus im „Zigeuner“ die Übel der Vormoderne. Antisemitismus und Antiziganismus eint, dass beide Ideologien des Kapitalismus, sich aber aus diesem allein nicht erklären lassen. Beide entwickelten sich aus vormodernen Ideologien, lebten in der Neuzeit fort und ordneten sich in hervorragender Weise in die gesellschaftliche Ordnung der kapitalistischen Produktionsweise ein. Sie stellen zwar autonome Teile der gesellschaftlichen Ordnung dar, fügen sich in diese aber hervorragend ein und erfüllen spezifische Funktionen in ihr. Das antisemitische und das antiziganistische Ressentiment unterscheidet von rassistischen Ressentiments, dass das durch den Rassismus herabgesetzte Individuum immer noch als Teil derselben Gesellschaft verstanden wird, wenn auch als Teil einer Fremdgruppe. Die Jüd\*innen im Antisemitismus und die „Zigeuner“ im Antiziganismus werden hingegen vorgestellt als außerhalb jeder menschlichen Gesellschaft Stehende – sie werden nicht als die zu bekämpfenden Fremden, sondern als zu vernichtende Unmenschen aufgefasst. Insofern ist der auch heute zutage tretende Antiziganismus nur zu begreifen, wenn man ihn versteht als eine notwendige der Ideologie der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft: Das Zusammenspiel beider Elemente ordnet das Subjekt ein als Teil dieser Gesellschaft und der herrschenden Produktionsweise. Statt sich ihrer Stellung innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft und der dieser zugrunde liegenden kapitalistischen Produktionsweise bewusst zu werden, ermöglicht es dem einzelnen Menschen, sich in einer als komplex empfundenen Gesellschaft zu behaupten. Indem der Einzelne in solchen Erklärungsmustern Zuflucht sucht, empfindet er sich weiterhin als autonomes Subjekt in einer Welt, deren

Zusammenhänge er tatsächlich nur erahnt.

### **Ideologien aufdecken, Alternativen aufzeigen, das Ganze aufheben!**

Der gegenwärtige Antiziganismus in Nordrhein-Westfalen, der BRD und Europa ist, wie gezeigt wurde, nicht nur ideologisch fest verankert, sondern hat auch eine lange Geschichte. Wenn Politiker\*innen aller Parteien Missstände skandalisieren und damit nicht rassistische Übergriffe und den grassierenden Antiziganismus sondern die Bewegungsfreiheit von Menschen meinen, ist klar: Es bricht sich Bahn, was im Kapitalismus an menschenverachtenden Ideologien existiert. Interventionen gegen den vorherrschenden antiziganistischen Konsens in Duisburg sind so rar wie notwendig. Statt sich undifferenziert von „Hetze“ zu distanzieren und in blinden Aktionismus zu verfallen, wird hier eine Kritik der Verhältnisse aufgezeigt, die den Antiziganismus als das benennt, was er ist. Eine Kritik des Antiziganismus arbeitet sich an Oberflächenphänomenen ab, wenn sie nicht zugleich eine Kritik jener gesellschaftlichen Verhältnisse versucht, in welchen der Antiziganismus hervortritt. Den Antiziganismus bekämpfen hilft nur eines: Die gegenwärtige Einrichtung der Welt, Europas und der BRD muss Gegenstand praktischer Kritik werden.

### Wir fordern

- durch eine kontinuierliche Thematisierung die Sensibilisierung in den eigenen Verbands- und Parteistrukturen für Antiziganismus zu stärken;
- ehrenamtliches Engagement und Initiativen vor Ort finanziell und strukturell zu unterstützen und zu bestärken;
- die in der Lokalpolitik aktiven Genoss\*innen auf, in ihrem Zuständigkeitsbereich humane Lebenssituationen und -unterkünfte für Zuwander\*innen zur Verfügung zu stellen und zu erhalten;
- die Landesregierung auf, über die im Wohnungssicherheitsgesetz beschlossenen Regelungen hinaus Vorkehrungen zu treffen, um es Menschen zu ermöglichen, nach NRW einzureisen und hier eine wirtschaftliche Existenz für sich zu sichern;

- die Landesregierung weiterhin auf, politische Aufklärung im Hinblick auf antiziganistische Ressentiments in der Gesellschaft zu betreiben und bestehende Initiativen auszubauen und insb. finanziell aufzustocken;
- die Landesregierung außerdem auf, die Kommunen in ihrem Bestreben, humane Lebenssituationen zu schaffen, zu unterstützen;
- die Bundesregierung und die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages auf, eine Rücknahme der Option zur Abschiebung von Personen nach sechs Monaten erfolgloser Arbeitssuche anzustreben;
- die sogenannte Sichere-Drittstaaten-Regelung abzuschaffen.

Für uns bleibt der Antiziganismus als Ideologie und als gesellschaftlich wirksame Kraft, eine Tendenz, die es zu bekämpfen gilt. Wir wollen uns dieses Themas nicht verschließen und sprechen uns auch in Zukunft gegen jede auftretende antiziganistische Bestrebung aus. Wir wenden uns gegen jene reaktionären Tendenzen und werden, wo geboten, uns diesen entgegenstellen.